

Christliche und soziale Politik!?

Die gerade hinter uns liegende Osterzeit als höchstes christliches Fest bot eine wunderbare Gelegenheit, sich auf jene Werte zu besinnen, die in unserer Gesellschaft gelebte Praxis sein sollten. Und tragen wichtige deutsche Parteien die Begriffe „christlich“ und „sozial“ nicht sogar im Namen?

Vor über 2000 Jahren wurde Christus über die Via Dolorosa getrieben, von den Römern und seinem eigenen Volk mit Spott überhäuft. Ich möchte nicht so weit gehen und den Sohn Gottes mit den erneuerbaren Energien vergleichen. Doch Christus ist durch die biblische Überlieferung zum Sinnbild geworden – für all jene, die verspottet und verachtet werden. Genau das geschieht derzeit mit uns Energiewende-Akteuren, die vor Jahrzehnten mit viel Idealismus angetreten sind, um für eine nachhaltige Energieerzeugung und damit den Erhalt der Erde zu kämpfen.

Getrieben von Feinden, mit Spott überhäuft: Den Platz der Römer nimmt mehr und mehr die Bundesregierung ein. Ihr Spott ist, die Erneuerbaren für zu teuer zu erklären, für nicht marktfähig, ja sogar für unsozial. Also unchristlich!? So schleppt sich die Branche in Richtung Golgatha. Kann die deutsche Politik das wollen? Die Nägel, mit denen die Energiewende „gekreuzigt“ wird, hat die Politik geschmiedet. Es sind fatale Fehler gemacht worden. Aber es ist nicht zu spät, diese Fehler zu korrigieren. Der erste Nagel war die Beseitigung der physischen Wälzung der Erneuerbaren. Das EEG wäre fairer, wenn wir dieses Instrument beibehalten hätten oder es wieder einführen würden.

Der zweite Nagel war die Absenkung der Mindestgrenze für die Industriestrombefreiung von zehn auf eine Gigawattstunde. Dies war der eigentliche Grund für den Beginn der laufenden EEG-Novelle, und genau an dieser Stelle forderte Brüssel eine Korrektur! Statt der möglichen Entlastung der Stromverbraucher durch eine Rückführung auf das alte Befreiungsinstrument von zehn Gigawattstunden erwarten nun viele sogar einen weiteren Anstieg der Befreiungstatbestände zulasten der Verbraucher. Sigmar Gabriel ist sich nicht zu schade, diese politisch motivierten Kosten direkt den Erneuerbaren in die Schuhe zu schieben. Das ist – gelinde gesagt – unfair.

Liebe Leser, ich habe sogar den Eindruck, mit der wachsenden Industriestrombefreiung soll verhindert werden, dass die EEG-Umlagekosten sinken – was durchaus denkbar wäre, wenn man sich das EEG-Umlagekonto anschaut. Will Gabriel etwa mutwillig einen weiteren Anstieg der Umlage, um das EEG zu diskreditieren und abzuschaffen!?

Der dritte Nagel ist die geplante Einführung von Ausschreibungen. Alle Erfahrungen in Europa mit diesem Instrument sind katastrophal. Sinkende Ausbauzahlen, abnehmende Marktvielfalt, absterbende Erneuerbaren-Industrie, Re-Monopolisierung – alles Gründe für unsere europäischen Nachbarn, dieses Instrument abzuschaffen und durch Einspeisevergütungen zu ersetzen. Selbst die EU-Kommission berichtet uns, dass die Erfahrungen mit Ausschreibungen eher schlecht seien. Dennoch behauptet Gabriel unverdrossen, Brüssel verlange danach. Soll Brüssel etwa nur den Schwarzen Peter spielen, ähnlich wie schon beim Thema Industriestrombefreiung?

Noch ist Golgatha, der Berg der Kreuzigung, nicht erreicht. Die Volksvertretung, das Parlament, hat nun die Aufgabe der politischen Gestaltung. Beseitigen Sie, liebe Abgeordnete, die Nägel einer unsäglichen Kreuzigung. Lassen Sie uns eine faire EEG-Umlage bauen und damit endlich die Stromkunden entlasten. Schon heute wäre eine Senkung der Umlage um über zwei Cent machbar. Lassen sie uns einen Marktplatz aufbauen, an dem nicht neue Erneuerbaren-Kraftwerke direkt mit alten, hoch subventionierten, abgeschriebenen fossilen Kraftwerken konkurrieren müssen und CO₂-Emissionen kostenlos sind. Was wir wirklich brauchen, ist eine CO₂-Steuer und ein Kohleausstiegsgesetz. Solange wir das nicht auf den Weg bringen, ist diese EEG-Novelle eben doch der Weg nach Golgatha.

Erneuerbare sind christlich und sozial – und das EEG ist es auch. Die Volksvertreter haben das Wort. Und auch das Volk! Bitte erscheinen Sie zahlreich bei der Energiewende-Demo am 10. Mai in Berlin. Der Klimaschutz, die Erneuerbaren und auch die Parlamentarier brauchen uns – brauchen Sie!

Energetische Grüße
Ihr Hermann Albers
BWE-Präsident



Energierecht: Vertrauen ja – Schutz nein?
Seite 50

Hauptstadt-Master: TU Berlin macht Studierende fit für den Jobwettbewerb.
Seite 52

Ford C-Max Energi: Auch in Deutschland ein Erfolgsmodell?
Seite 62